

10.22 Eidgenössische Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»

- 2011, 7. Mai: Die CVP Schweiz lanciert eine eidgenössische Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» ([13.084](#)). Die Initiative will die Kinder- und Ausbildungszulagen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene von der Steuer befreien. Das Urheberkomitee argumentiert, es könne nicht der Sinn dieser Zulagen sein, dass die Arbeitgeber die Familien mit einer Hand unterstützten und Kinder- und Ausbildungszulagen bezahlen, und der Staat mit der andern Hand einen Teil dieses Geldes mittels Steuern gleich wieder einkassiere. Dies widerspreche auch dem staatlich festgelegten Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Die Unterschriftensammlung begann am 3. Mai 2011.

Diese Initiative hat folgenden Wortlaut:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 116 Abs. 2 zweiter Satz (neu)

²... Kinder- und Ausbildungszulagen sind steuerfrei.

Die Initianten haben bis zum 3. November 2012 Zeit, die nötigen 100'000 Unterschriften zu sammeln.

- 2012, 5. November: Die eidgenössische Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» wird mit 119'590 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht.
- 2012, 18. Dezember: Die Bundeskanzlei teilt mit, dass die Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» mit 118'425 gültigen Stimmen formell zustande gekommen ist.
- 2013, 29. Mai: Der **Bundesrat** spricht sich gegen eine steuerliche Freistellung der Kinder- und Ausbildungszulagen aus. Nach seinem Dafürhalten ist eine Freistellung zu wenig zielgerichtet und nimmt Ungleichbehandlungen in Kauf. Zudem würde sie erhebliche Mindereinnahmen verursachen. Der Bundesrat lehnt deshalb die Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» ohne Gegenvorschlag ab. Er hat das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt, eine entsprechende Botschaft auszuarbeiten (*siehe [Medienmitteilung](#)*).
- 2013, 23. Oktober: Der **Bundesrat** verabschiedet die Botschaft zur Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» und empfiehlt, die Initiative abzulehnen und ihr keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Die Familien sollen weiterhin vorwiegend mit Instrumenten ausserhalb des Steuerrechts gefördert werden. Im Steuerrecht wird den Kinderkosten bereits heute angemessen Rechnung getragen, was zur Folge hat, dass rund die Hälfte der Haushalte mit Kindern keine direkte Bundessteuer bezahlt. Eine steuerliche Freistellung der Kinder- und Ausbildungszulagen wäre nicht zielgerichtet und würde zu Mindereinnahmen von rund 1 Milliarde Franken für Bund, Kantone und Gemeinden führen (*siehe [Medienmitteilung](#)*).
- 2014, 7. April: Die WAK-N beschliesst, ihrem Rat die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen. Zudem beauftragt die Kommission die Verwaltung aufzuzeigen, wie Familien mit Kindern zielgerichtet finanziell entlastet oder gefördert werden können.
- 2014, 4. Juni: Der **Nationalrat** empfiehlt die Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» Volk und Ständen zur Ablehnung.
- 2014, 15. September: Der **Ständerat** empfiehlt ebenfalls, die Volksinitiative abzulehnen.

- 2014, 26. September: Die eidgenössischen Räte nehmen in den **Schlussabstimmungen** den Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» an, mit dem die Räte die Initiative zur Ablehnung empfehlen.
- 2015, 15. Januar: Der **Bundesrat** und die Kantone lehnen die Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» ab. Die Initiative würde in erster Linie einkommensstarke Haushalte mit Kindern begünstigen, einkommensschwache hingegen kommen kaum oder gar nicht in den Genuss einer Entlastung. Zudem würde sie bei Bund, Kantonen und Gemeinden zu jährlichen Steuerausfällen von insgesamt rund einer Milliarde Franken führen, deren Kompensation ungeklärt ist (siehe [Medienmitteilung](#)).
- 2015, 8. März: Die Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» wird in der **Volksabstimmung** von 75,4 % der Stimmenden sowie allen Kantonen abgelehnt.